

Linkspolitikerinnen besuchen Osterburger Begegnungsstätte und sichern Unterstützung zu

## **Volkssolidarität wichtig für die Betreuungsstruktur**

Von Frank Schmarsow



Über Probleme und Wünsche der Osterburger Ortsgruppe der Volkssolidarität, des Regionalverbandes und der Begegnungsstätte informierten sich Landtagsmitglied Dr. Helga Paschke und Bundestagsmitglied Katrin Kunert (DIE LINKE / v.l.).

Foto: Frank Schmarsow

Osterburg. Besuch bekam am Freitagvormittag die Osterburger Volkssolidarität in der Begegnungsstätte an der Gartenstraße.

Ortsgruppenvorsitzende Barbara Meyer und Koordinatorin Ute Hoffmann begrüßten die Bundestagsabgeordnete Katrin Kunert und die Landtagsabgeordnete Dr. Helga Paschke (beide DIE LINKE). Dazu gesellte sich Monika Pingel, Vorsitzende des Regionalverbandes Altmark der Volkssolidarität.

Katrin Kunert wiederholte ihren Besuch vom März des vergangenen Jahres, um "im Gespräch zu bleiben". Es sei wichtig zu sagen, "wo der Schuh drückt, denn manches verlieren wir aus dem Auge", ergänzte Dr. Paschke. Monika Pingel fand das Entgegenkommen, "den Kontakt mit uns weiter zu pflegen sehr gut, auch, um das, was angestoßen

wurde, weiterzuführen".

Ute Hoffmann wies auf die erfolgreiche Entwicklung der Mitgliederzahl mit 80 Neuaufnahmen im vergangenen Jahr hin und informierte darüber, dass in einer Initiative des Bundesvorstandes derzeit eine professionelle Mitgliederwerbung betrieben werde und die Werber sich entsprechend ausweisen können. Positiv beurteilt wurde auch die Haus- und Straßensammlung im Herbst 2009. Es mache sich bemerkbar, sagte Hoffmann, wenn den Leuten konkret Projekte benannt werden, wofür die Spenden sein sollen. Großer Dank gelte den Ehrenamtlichen, die diese Aufgabe freiwillig übernehmen, machte Pingel deutlich. " Sie machen sich auch vor allem in den Dörfern um das gesellschaftliche Leben verdient."

Die beiden Politikerinnen erkundigten sich nach den Schwerpunkten der Veranstaltungen in der Begegnungsstätte und möglichen Partnern bei der Lösung sozial-kommunaler Probleme. Da gebe es noch zu wenig Beispiele, sagte Pingel. "Wir wünschen uns beispielsweise mit der Wohnungsgesellschaft und -genossenschaft mehr in Kontakt zu kommen. Wir könnten uns eine engere Zusammenarbeit vorstellen, denn wir kennen die Bedürfnisse der Senioren." Kunert regte an, in Osterburg einen Stadtseniorenrat zu bilden, der die Belange und Ideen der Senioren in die Kommunalpolitik weiterträgt." Wir werden viel unternehmen müssen, um die Betreuungsstruktur zu erhalten. Die Vernetzung der einzelnen Betreuungsangebote wird uns in der nächsten Zeit sehr beschäftigen", sagte Dr. Paschke. Und Kunert ergänzte: "Die Frage der Koordination wird bedeutender werden: Was ist an Einrichtungen vorhanden? Was kann man gemeinschaftlich nutzen?" Es gelte, die Begegnungsstätten, die immer mehr zu Anlaufpunkten für die Lösung sozialer Probleme würden, am Leben zu erhalten, betonte Pingel. Letztere wollte auch eine Frage loswerden: "Warum können in Sachsen-Anhalt Altenpflegerinnen, die vor 2006 ausgebildet wurden, nicht Pflegedienstleiterin werden? In Niedersachsen ist das möglich." Dr. Paschke: " Ich werde nachfragen. Sie bekommen Bescheid."

Für Ute Hoffmann ist die Personalfrage in der eigenen Einrichtung sehr wichtig: "Die Begegnungsstätten müssen arbeiten, um ältere Leute in Bedrängnis aufzufangen. Das ist eine sensible Angelegenheit. Ist erst mal Vertrauen zu unseren Mitarbeitern aufgebaut, ist deren Zeit bei uns zu Ende, und es kommen neue, an die sich die Senioren erst wieder gewöhnen müssen – eine ungünstige Verfahrensweise", so Hoffmann mit Blick auf geförderte Maßnahmen. Paschke und Kunert mussten zugeben: "Über das Prozedere von Beschäftigungsmaßnahmen kann man nicht diskutieren, da gelten feste Vorschriften."

Im vergangenen Jahr hätten rund 6000 Besucher die Angebote der Begegnungsstätte genutzt, bis hin zu den Selbsthilfegruppen wie Diabetiker, Parkinsonpatienten und Rheumaliga, informierte Hoffmann. "Sie sind teilweise unsere Mitglieder, und es gibt oft gemeinsame Veranstaltungen. Wir sind so etwas wie ein Stadtgemeinschaftshaus. Leider reagieren die Stadträte kaum auf unsere Einladungen zu Traditionsveranstaltungen oder sagen ab."